



Beamtenversicherung: Montgomery warnt vor Alleingang Gefährliches Experiment

Ärztchammerpräsident Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery warnt vor einem Alleingang in Sachen Krankenversicherung von Beamten: Zu dem heute in der Bürgerschaft diskutierten „Gesetz über die Einführung einer pauschalen Beihilfe zur Flexibilisierung der Krankheitsvorsorge“ sollen Hamburgs Beamte künftig statt individueller Beihilfe den hälftigen Beitrag zu einer gesetzlichen oder privaten Krankenvollversicherung erhalten, wenn sie das wünschen. Das Gesetz würde nur auf Landesebene gelten. Montgomery warnt vor dem Sonderweg: „Die Mobilität der Beamten würde erheblich eingeschränkt oder gar aufgehoben.“

Was der Senat als Wohltat verkaufe, sei deshalb in Wirklichkeit ein vergiftetes Geschenk. Profitieren würde vor allem die Stadt Hamburg selbst: „Denn nutzen würden das wohl in erster Linie Menschen mit schweren Krankheiten oder vielen Kindern. Das würde den Haushalt der Stadt entlasten.“

Das gelte auf Bundesebene auch für das von der SPD in die Sondierungsverhandlungen eingebrachte Modell: „Auch dabei sollten die aktuell Privatversicherten die Wahl haben – das wäre ganz klar zu Lasten der Gesetzlichen Krankenkassen und ihrer Versicherten gegangen.“ Mit Gerechtigkeit habe das nichts zu tun. Es sei deshalb gut, dass es vorerst vom Tisch sei.

Aus Sicht der Ärzte sei das Hamburger Vorhaben „die Einführung der Bürgerversicherung durch die Hintertür“ – und ein „gefährliches Unterfangen“: Denn aus rein ideologischen Gründen würde damit eines der weltweit besten Gesundheitssysteme zerstört: „mit völlig ungewissem Ausgang“. Denn auf eines könnten sich die Patienten in Deutschland zurzeit immer verlassen: „Wer wirklich krank ist, dem gewährt unser System die maximale Medizin, völlig unabhängig von Alter, Versichertenstatus und Einkommen.“ Das sei in vielen Ländern leider völlig anders.

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Sandra Wilsdorf, 17.01.2018